

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug werden sämtliche Postanstalten in Betracht gezogen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 20.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Die neungespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Geschäfts-Anzeigen 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen und Wohnungs-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Monarchistenputsch in Ungarn

## Oesterreich in Not

As Wien wird uns geschrieben:

Was alle Klarsehenden kommen sahen, ist nun eingetreten: der Habsburger ist wieder in Ungarn und damit ist die Frage der Existenz sowohl der aus dem Kriege hervorgegangenen Nationalstaaten, als auch der mitteleuropäischen Republiken aufgeworfen. Wenn auch der Habsburger sich als eine Sicherung gegen eine Erstarkung Deutschlands den Ententemächten, vor allem Frankreich, schmachtend zu machen sucht und gewisse Ermunterungen von dieser Seite erhalten haben dürfte, so ist es klar, daß ein gelungenes Putsch der Habsburger als Vorspiel zu einer Restauration der Hohenzollern dienen würde.

Die Bedingungen, unter denen der Putsch jetzt erfolgte, sind für den Habsburger jetzt viel günstiger, als zur Zeit seines Oesterreichs. Damals erwarteten ihn in Steinmanger einige Grafen, Bischöfe und Betschwester; jetzt ist er in Oedenburg mit seinem Flugzeuge inmitten einer zur Kriegsführung gut ausgerüsteten Armee gelandet, die durch und durch legitimistisch ist. Damals trat er die Fahrt nach Budapest in einem Automobil mit einigen Ehrenkavalieren an; jetzt hat sich auf die Nachricht seiner Ankunft in Budapest ein karlistischer Regierung gebildet. Auf einen inneren Widerstand von irgendwelcher Bedeutung ist absolut nicht zu rechnen und Horthy wird vor dem „gekronen König“ ohne weiteres kapitulieren. Er wird in Ungarn nicht aus dem Grunde auf seinen Widerstand stoßen, weil Ungarns Volk monarchistisch ist, sondern weil es durch den Terror und die Militärdiktatur in jeder freien Regierung gehindert wird.

Auch die Annahme, daß er durch diplomatische Mittel, wie es Oestern geschah, dazu gebracht werden kann, das Land zu räumen, wird sich als falsch erweisen. Bei dem Oesterreich stand die inoffizielle Politik der Pariser reaktionären Salons, der General Franquet d'Espéran, die „Action Française“, der Kreis des gewesenen Leiters der französischen auswärtigen Politik, des Ministerialdirektors Bascologie, hinter ihm, und diese Gesellschaft konnte höchstens eine politische und diplomatische Unterstützung ihm angedeihen lassen. Dem stand aber damals die in der Habsburger Frage einheitliche Front der Kleinen Entente mit Einschluß Italiens, gegenüber, die nicht nur über politische und diplomatische Mittel, sondern über marschbereite Divisionen verfügte. Darin ist nun mittlerweile eine gründliche Änderung eingetreten. Sowohl die tschechische als die italienische Politik ließ sich zu der Annahme verführen, daß Horthy eine Sicherung gegen Habsburg bedeute, und daß durch die Stärkung der Horthy-Regierung zwar eine konservative, aber anti-habsburgische Richtung in Ungarn am Ruder erhalten werde. Allerdings ist bei Italien sogar dies recht zweifelhaft, und man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß Italien sogar seinen Widerstand gegen eine Restauration der Habsburger aufgegeben hat und Jugoslawien, wie bei der westungarischen Krise, an einem energischen Auftreten hindern wird.

Dies ist der springende Punkt in der weiteren Entwicklung der ganzen Krise und darum liegt der Schlüssel der Situation diesmal in Rom. Es ist ohne weiteres klar, daß auf einen gelungenen Habsburger-Putsch in Budapest der Aufstand in der Slowakei, in Siebenbürgen und Kroatien folgen wird, der schon von Horthys Emisären vorbereitet wurde. Der Wille, den Brandherd in Budapest zu unterdrücken, muß bei allen diesen Staaten, wenn sie überhaupt noch einen Lebenswillen haben, vorausgesetzt werden. Bieten sie gemeinsam ihre militärische Kraft auf, so wird der ganze Spul in Ungarn verfliegen. Aber wenn sie zu keiner einheitlichen und raschen Aktion kommen, wenn insbesondere Jugoslawien, das an militärischer Kraft und klarem politischen Willen am bedeutungsvollsten ist, von Italien gebremmt wird, so hat Karl die Partie gewonnen, denn die Tschechoslowakei wird und kann ohne Südslawien nichts Entscheidendes unternehmen. Die Schwierigkeiten Jugoslawiens in Albanien sind nicht nur von italienischer Seite herbeigeführt, man muß angesichts der Lage, daß gerade jetzt jugoslawische Streitkräfte an der albanischen Grenze gebunden sind, an die alten Beziehungen der habsburgischen Hauspolitik zu den albanischen Stämmen erinnern. Damals galt es allerdings, den italienischen Einfluß dort zu paralysieren, heute kann der habsburgische Thron in Budapest an der albanischen Grenze gestützt werden.

Oesterreichs Proletariat und zu einem gewissen Teil auch die großdeutsch orientierte Bürgerschaft rüstet sich zur Abwehr, die die Formen des Krieges gegen den äußeren Landesfeind, aber sehr leicht auch die des Bürgerkrieges annehmen kann. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß, wenn die Ungarn Oesterreich angreifen — und das liegt heute im Bereich des Möglichen —, die Monarchisten in Wien sowie in Steiermark und Tirol einen Putschversuch unternehmen. Der Ausgang eines solchen Unternehmens würde nicht zwei-

felhaft sein, solange sich die Kräfte der österreichischen Monarchisten und Republikaner allein gegenübersehen. Die Macht des österreichischen Proletariats ist vermöge seiner unerschütterten Einheit, seines festen revolutionären Willens und nicht zuletzt vermöge seiner klugen Führung jeder inneren Gefahr gewachsen. Hier können sich die Monarchisten nur blutige Köpfe und eine vernichtende Niederlage holen. Gefährlich könnte sich die Situation nur gestalten, wenn die monarchistischen Putschisten gemeinsam mit den Horthy-Banden gegen die österreichische Republik vorgehen, und wenn Oesterreich selbst in dieser Lage auf sich allein gestellt bliebe.

Das österreichische Proletariat ist sich des furchtbaren Ernstes der Situation wohl bewußt. Es weiß, daß es nun ums Ganze geht, und daß es nicht nur die Errungenschaften seiner Revolution, sondern seine nackte Existenz gegen die entmenschten Terrorbanden Ungarns zu verteidigen hat. Das bedeutet in dieser Konstellation den revolutionären Krieg, in dem es nur Sieg oder vollständige Niederlage gibt. Die österreichische Arbeiterschaft vertraut vor allem ihrer eigenen Kraft und rüstet sich, diese schwere Prüfung mit revolutionärer Entschlossenheit, aber auch mit Besonnenheit zu überstehen. Sie hofft aber auch auf die Hilfe des internationalen Proletariats, vor allem des Proletariats in der Tschechoslowakei und in Italien, das seine ganze politische Macht, seinen ganzen parlamentarischen Einfluß aufbieten muß, um im Falle eines ungarischen Angriffes auf Oesterreich nötigenfalls auch eine bewaffnete Intervention durchzuführen.

## Der Bürgerkrieg in Ungarn

U. R. Preßburg, 24. Oktober.

Während die Verbindung zwischen Budapest und Wien völlig unterbrochen ist, laufen hier noch Nachrichten aus Ungarn ein, die eine ziemlich genaue Beurteilung der Situation gestatten. Ungarn steht tatsächlich in vollem Bürgerkrieg, der nach allen Anzeichen zwischen den Anhängern Karls und seinen Gegnern bis zum blutigen Ende ausgetragen werden wird. Es bestehen z. B. zwei Regierungen: die Horthy-Regierung in Budapest und die habsburgische Gegenregierung, die am Sonntag ihren Sitz in Győr (Raab) aufgeschlagen hat, inzwischen aber ihren Sitz vielleicht näher an die Hauptstadt verlegt haben hat. Karl ist nach übereinstimmender Aeußerungen fest entschlossen, diesmal nicht nachzugeben und soll erklärt haben, er werde entweder als König in Budapest einziehen oder Ungarn nicht lebend verlassen.

Die militärischen Kräfteverhältnisse sind im Augenblick für Karl günstig, ihn unterstützen die westungarischen Banden, die Truppen Preßburgs, das Detachement Lohar, die bewaffneten Anhänger Friedrichs und die zu ihm übergegangenen Garnisonen von Győr und Komorn. Die Budapest-Regierung hat zu ihrer Verfügung vorläufig nur die in der Hauptstadt selbst befindlichen Truppen, und das Detachement Hefjas, mit denen es die Hügelkette westlich Osen, welche die Hauptstadt beherrscht, halten will, bis die aus dem Theiß-Gebiet schleunigst herangezogenen Truppen angelangt sind. Zweifelhaft ist nach die Haltung Preonans, der mit seinem Detachement in der Gegend von Stuhlweißenburg steht, bisher zu den Anhängern Horthys zählte und den habsburgischen Truppen durch einen Platanenstich aus südlicher Richtung gefährlich werden könnte. Nach den letzten Nachrichten war am Sonntagabend die Situation in Budapest äußerst kritisch.

## Der Kampf um Budapest

Budapest, 23. Oktober.

Ein Augenzeuge berichtet über die Kämpfe: Die heute morgen bei Budaoers ausgeladenen Karlisten truppen bestanden aus Truppen der Garnison von Oedenburg und Raab, die unter dem Vorwande, daß in Budapest eine bolschewistische Bewegung (!) ausgebrochen sei, alarmiert und verladen wurden. Die Regierungstruppen gingen in einem kräftigen Gegenstoß gegen 11 Uhr vormittags vor. Als die das Terrain beherrschenden Hügel von ihnen besetzt worden waren, traten die Karlisten den Rückzug an. Eine lebhaftere Kampfaktivität setzte nur ein, als die Vorhut der Regierungstruppen in Budaoers einzog. Als die Regierungstruppen um 4 Uhr nachmittags die Karlisten hinter den Eisenbahndamm zurückdrängten, entsandten letztere einen Parlamentär, um die Einstellung der Kampfaktivität zu erwirken. Der Befehlshaber der Regierungstruppen besprach sich mit Odenburg, worauf ein Uebereinkommen getroffen wurde, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Regierungstruppen erbeuteten große Mengen an Waffen und Munition und machten 180 Gefangene. Sie verloren acht Tote und zwölf Verwundete.

## Das neue Ministerium

Der frühere König Karl hat folgendes Ministerium ernannt: Rakossy, Präsidium und Justiz, Andrássy, Aeußeres, Beneczky, Inneres, General Schuehler, Krieg, Dr. Czay, Finanzen, General Hegedues wurde zum Oberkommandanten ernannt.

## Der Vormarsch gegen Budapest

Eine offiziöse Darstellung.

Budapest, 24. Oktober.

Ueber das Unternehmen des Erzherzogs Karl verbreitet das ungar. Teleg.-Korr.-Bureau folgende zusammenfassende Darstellung:

Die ungarische Regierung erfährt am Sonnabend morgen, daß König Karl mit Königin Zita am Freitag in Oedenburg angekommen war, die Uebernahme der Königsgewalt proklamiert und eine Regierung unter Führung von Stefan Rakossy ernannt hatte. Ministerpräsident Graf Bethlen berief den Ministerrat zusammen, der einen Beschluß faßte, demzufolge König Karl auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes vom Jahre 1920 die Ausübung der Königsgewalt nicht übernehmen könne und das Land unverzüglich verlassen müsse. Die Regierung wurde in diesem Entschlusse bekräftigt durch die Erklärungen der Budapest-Vertreter der großen und der kleinen Entente. Ministerpräsident Graf Bethlen unterrichtete davon wiederholt den Vertrauten des Königs, Rakossy, telefonisch und wies auf die unabwendbaren verhängnisvollen Folgen eines einmaligen Einzuges des Königs in Budapest hin. Doch antwortete Rakossy stets mit Drohungen. Die Regierung strebte eine unmittelbare Verständigung mit dem König an. Um ihm den Ernst der Lage klarzulegen, entsandte sie Sonnabend abend den Kultusminister Boly, der ein Schreiben des Reichsverwesers Horthy überbrachte, in dem sich der Reichsverweser auf die Vaterlandsliebe des Königs berief und ihn zu bewegen suchte, das Land nicht ins Verderben zu stürzen. Diefem Schreiben war auch die Note der Entente und die Bekanntgabe des Standpunktes der kleinen Entente beigefügt.

Das wurde nicht zum König vorgelesen. Indessen setzten die auftritte Truppen den Vormarsch gegen Budapest unter Führung des Obersten Lohar und des Majors Odenburg fort. Die Regierung wollte sie ohne Blutvergießen aufhalten und ließ daher die Schienen aufreißen, die jedoch durch die Odenburgische Vorhut wiederhergestellt wurden. So erreichten die Auftritte Budapests. Die Regierung war daher gezwungen, energische Maßnahmen anzuwenden. Nach einem erfolglosen Gegenstoß bei Budaoers wurden wieder friedliche Mittel versucht, und General Hegedues, der sich in der Umgebung des Königs befand, wurde nach Budapest gebeten, um sich persönlich von der Lage zu überzeugen. In Budapest wurde General Hegedues in Anwesenheit des Ministerpräsidenten durch den englischen Gesandten Höhler über den Standpunkt der Entente und der kleinen Entente unterrichtet. Der Ministerpräsident bat ihn, dem König wahrheitsgetreu zu berichten und ihn zur Aenderung seines Vorhabens zu überreden. Hegedues kehrte zum König zurück. Da jedoch keine Antwort erfolgte, mußten militärische Maßnahmen getroffen werden, um die Gefahren eines Handstreiches abzuwenden. Die Regierung schreibt die Verantwortung dafür denjenigen zu, die bereit waren, aus selbstsüchtigen Gründen das Vaterland in den Abgrund zu stürzen.

## Die Abwehraktion

Wie aus Prag gemeldet wird, haben die Regierungen der Kleinen Entente durch ihre Budapest-Vertretung der ungarischen Regierung ein achtundvierzigstündiges Ultimatum überreichen lassen, in dem die Entfernung des Erzherzogs Karl binnen dieser Frist gefordert wird. Gleichzeitig wird gemeldet, daß der Ministerrat sich am Sonntag in Permanenz erklärt hat und die Verfügung erlassen hat, daß sämtliche Zivil- und Militärbehörden verstärkten Permandenzdienst zu machen haben. Der Verkehr nach Ungarn ist eingestellt. Die Regierung hat die teilweise Mobilisierung angeordnet. Die Einberufungsbefehle sind bereits aus den Straßen plakatiert. Große Truppenmassen gehen in die Slowakei ab.

Aus Jugoslawien werden ähnliche Maßnahmen gemeldet. In Belgrad ist der Ministerrat zusammengetreten und hat zum Ausdruck gebracht, daß die Kleine Entente entschlossen sei, falls die ungarische Regierung der Bewegung bis Montag nicht Herr werde, mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen und dafür zu sorgen, daß Karl schleunigst den Boden Ungarn verläßt. Wie aus Igram gemeldet wird, haben die jugoslawischen Truppen die Grenze gegen Ungarn besetzt. Auch Teile des Komitats Baranya sollen von jugoslawischen Truppen besetzt worden sein. Eine Belgrader Meldung besagt ferner, daß die italienische Regierung die jugoslawische Regierung benachrichtigt habe, sie würde deren Schritte gegen das Unternehmen des Erzherzogs Karl unterstützen.

In Wien werden sowohl von der sozialdemokratischen wie von der großdeutschen Partei Aufrufe veröffentlicht, in denen unter Hinweis auf die Gefährdung der Republik zum Eintritt in die republikanische Wehrmacht aufgefordert wird, die nicht einmal über die im Vertrag von St. Germain vorgesehene Bekräftigung verfügt. Gestern ist eine Obmannkonferenz des Kreisratstrates Wien zusammengetreten. Heute findet



eine Plenarversammlung sämtlicher Vertrauensmänner der Parteien statt, die über die Gefahren der Reaktion und über die Maßnahmen der Arbeiterklasse beraten soll.

Auch in Prag halten die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen Beratungen ab, um gemeinsame Maßnahmen gegen das monarchistische Wienener Karls zu beraten. Einmütig wird der Wille zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter entschlossen sind, die republikanischen Einrichtungen und die Erzeugnisse des Proletariats gegen die Habsburger und die mit ihnen verbundene Reaktion unter allen Umständen zu verteidigen. Die sozialistischen Parteien beschließen, während der Zeit der Gefahr in dauernder Bereitschaft zu bleiben. Eine Plenarversammlung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erfolgt einen Aufruf, in dem die Eisenbahner sowie die Post- und Telegraphenbeamten aufgefordert werden, die strengste Kodax gegen Ungarn durchzuführen.

### Die Protestnote der Entente

Budapest, 22. Oktober.

Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der unter Berufung auf den Schritt am 3. April 1921 der Beschluß des Völkervertrages vom 4. Februar 1920 in Erinnerung gebracht wird, demzufolge die Restauration eines Habsburgers den Frieden gefährde. Die ungarische Regierung wird daher neuerdings aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Entfremdung des Königs zu unternehmen.

Der Minister des Auswärtigen, Graf Banffy, teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß die ungarische Regierung in dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat beschließen habe, daran festzuhalten, daß König Karl die Herrscherrechte in Ungarn derzeit nicht übernehmen könne und daher das Land unverzüglich verlassen müsse. Die ungarische Regierung habe zu diesem Zweck alle Maßnahmen getroffen.

Den sodann entsprechenden Vertretern Rumäniens, Südslawiens und der Tschechoslowakei wiederholte Graf Banffy diese Erklärungen.

### Die Haltung der Entente

Die französische Presse und der Putsch

CC. Paris, 23. Oktober.

Zu dem neuen Unternehmen Kaiser Karls schreibt das „Echo de Paris“, daß die Ententemächte bereits jetzt die Haltung eingenommen hätten, die sie auch gelegentlich des ersten Putschs Kaiser Karls vor Pfingsten einnahmen. Ihre Vertreter haben eine Protestaktion in Budapest eingeleitet. Jugoslawien hatte die Ergebnisse der italienischen Vermittlung in der Burgenlandfrage ungünstig aufgenommen und in dem Ungarn gemachten Zugeständnis einen Angriff auf den Frieden von Trianon erblickt. Starker aber widersteht sich Südslawien dem neuen Angriff auf den Friedensvertrag, der die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn bedeuten würde. Das „Journal“ befürchtet, daß sich der Ausgang dieses Abenteuers nicht so einfach gestalten werde wie im März. Gegenüber einem Manne, der seine Unterschrift so leicht verleihe, dürfe man sich mit Versicherungen nicht mehr begnügen, sondern müsse Vorkehrungen hinsichtlich seines künftigen Aufenthalts ergreifen. Der Flug Kaiser Karls könnte leicht in St. Helena enden.

Der „Figaro“ glaubt nicht, daß die Tschechoslowakei große Lust verspüren werde, mit Ungarn Krieg zu führen. Zudem würde Italien eine Intervention der Südslawen wenig günstig aufnehmen. Allerdings werde die Völkerverträge wahrheitsgemäß ein neues Verbot ergeben lassen, dessen man aber, daß Frankreich sich nicht zu sehr beeilen werde, im Namen einer internationalen Solidarität, die niemals zugunsten Frankreichs ausgeschlagen sei, einen Fiskus zu verbannen, der für alle Völkerverträge einen Abbruch bedeute.

Inles Sauerwein erfährt von einer Persönlichkeit aus der Umgebung des Kaisers Karl folgendes: Karl weilt in Ungarn und wird dort bleiben oder ein würdiges Ende zu machen wissen. Der König wüßte wohl, daß die Opposition der Kleinen Entente nicht zu umgehen war, doch ließ er sich dabei von folgenden Gedanken leiten: Die Südslawen sind mit Albanien in einen Kampf verwickelt. Die Rumänen haben ihre Armee in Bessarabien mobil gemacht, und die Tschechoslowakei, die der Treue der Slowaken wenig gewiß ist, hat nicht die Macht, einen Feldzug gegen Ungarn zu führen. Der Vertrauensmann Karls glaubt auch nicht, daß Frankreich oder England Truppen nach Ungarn senden werden, um die Rückkehr eines Herrschers

zu verhindern, der während der beiden letzten Kriegsjahre seinen Wunsch bekundete, sich von Deutschland zu trennen, was leicht hätte geschehen können, wenn man ihm genügend Sicherheit geboten hätte. Man dürfe sich nicht täuschen, daß man nicht allein gegen Karl, sondern gegen ganz Ungarn Krieg führen müßte, das seinen rechtmäßigen Herrscher wiederhaben will und welches sich wie ein Mann gegen jede Einmischung wehren würde.

### Englische Pressstimmen

London, 24. Oktober.

„Daily News“ schreibt: Der Rücktritt des Kabinetts Birth und der Besuch desormaligen Kaisers Karl, den Thron Ungarns wiederzuerlangen, seien nicht ohne Zusammenhang. Ein zeitweiliger Erfolg Karls würde eine gefährliche Wirkung auf Deutschland, insbesondere auf Bayern haben. Die letzten Ereignisse in Deutschland, die in dem Rücktritt der Regierung Birth gipfelten, bestätigen, daß es keinen Frieden in Europa geben könne, bevor die Reparationspolitik nicht abgeändert werde. „Daily Chronicle“ sagt, die Rückkehr Karls würde nicht erlaubt werden, ein Habsburger in Ungarn könne ebensowenig gebildet werden, wie ein Hohenzoller in Deutschland. „Daily Telegraph“ schreibt, eine Annahme der Restauration Karls durch die Magyaren würde den Krieg Ungarns mit der Kleinen Entente bedeuten, was um so ernster sein würde, als die Entlassung Ungarns keineswegs vollständig sei. „Times“ meint, es würde sehr reich sein, zu sehen, wie die Völkerverträge in Deutschland sich zur Unternehmung Karls stellen würden. Des Weiteren müsse man die Stellungnahme der süddeutschen und der österreichischen Truppen beobachten, um zu sehen, wie weit die Abrüstung in diesen Ländern fortgeschritten sei.

### Sie verkaufen sich jedem Lumpen

Unter den Truppen, die sich dem Exkaiser Karl zur Verfügung gestellt haben, befinden sich auch mehrere „bayerische Kompagnien“. Es handelt sich hierbei um Offiziere und Mannschaften, die von Bayern aus über Tirol nach Westungarn gebracht worden sind. Das läßt darauf schließen, daß hinter dem karlistischen Abenteuer auch reichsbewußte politische Drahtzieher stehen. In erster Linie kommen wohl die Kreise um Oberst Bauer und Kapitän Ehrhardt in Frage, die sich für das Unternehmen des Exkaisers Karl einsetzen. Um die politischen Wirkungen ihrer Streiche kümmern sich diese Kappbrüder nicht. Die Hauptfrage ist, daß wieder irgendwo ein Feuerchen angezündet wird, an dem sie sich die Hände wärmen können. Auch das „Vaterland“ spielt keine Rolle für sie. Die von den deutschen Monarchisten mobilisierten Landsknechte verkaufen sich jedem Lumpen, der gut bezahlt und ihnen persönliche oder politische Vorteile verspricht.

### Die Revolution in Portugal

CC. London, 24. Oktober.

Aus Lissabon meldet der „Daily Mail“-Korrespondent, daß die revolutionäre Regierung eines ultrademokratischen Charakters habe. Das Signal zur Revolte wurde durch das Hisen einer roten Fahne auf einem Kriegsschiff gegeben. Ueber den Ausbruch der Revolution besagen Madrider Depeschen, daß bereits in der Nacht vom 19. überall das Gerücht verbreitet war, eine Revolution werde ausbrechen. Der Ministerpräsident forderte die sofortige Vereinstellung aller Truppen. Um 7 Uhr früh fielen drei Kanonenschüsse von der Kaserne Amplitude, denen drei andere von der Fregatte San Fernando antworteten. Die Karinettruppen und die republikanische Garde verließen trotz des Befehls, in den Kasernen zu bleiben, ihre Quartiere und riefen: Es lebe die Revolution! Nur ein Kavallerie- und ein Infanterieregiment sowie ein Bataillon Eisenbahntuppen bildeten der Regierung treu. Etwa um 9 Uhr wurde Ministerpräsident Granjo verhaftet und in die Carmentekaserne geführt. Mittags erschien das revolutionäre Komitee und forderte von dem Präsidenten der Republik die Auflösung des Parlaments und die Bildung einer Regierung der öffentlichen Sicherheit. Der Präsident der Republik weigerte sich zunächst, mußte aber schließlich doch in allen Punkten nachgeben.

Eine französische Militärkommission in München. Neben der französischen Gesandtschaft ist in München nunmehr auch eine Zweigstelle der Berliner französischen Militärkontrollmission eingerichtet worden, an deren Spitze ein französischer General steht

und die General-Kollet unmittelbar unterstellt ist. Ihre Aufgabe besteht in der Kontrolle über die Entlassung der bayerischen Selbstschutzhörparanation und der Einwohnerwehren. Sie arbeitet dabei Hand in Hand mit der Wiener Kontrollkommission.

### Das endgültige Stadtverordneten-Wahlergebnis

Der letzte Stich noch unentschieden

Der städtische Wahlausschuß stellte am Donnerstag das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen vom 16. Oktober fest. Es erhielten hiernach:

Sozialdemokraten	353 875 Stimmen	46 Mandate
Unabhängige	329 378 Stimmen	44 Mandate
Kommunisten	162 575 Stimmen	21 Mandate
zusammen 845 828 Stimmen, 111 Mandate		
Deutschnationale	293 692 Stimmen	41 Mandate
Deutsche Volkspartei	263 043 Stimmen	35 Mandate
Demokraten	126 696 Stimmen	17 Mandate
Christlichsozialpartei	86 808 Stimmen	11 Mandate
Zentrum	63 163 Stimmen	8 Mandate
Deutsch-Sozial	12 362 Stimmen	1 Mandat
Freie Vereinig. (Rechtspart.)	9 933 Stimmen	—
Ordnungsblock	9 077 Stimmen	—
Deutschnationale Wählerzsh.	5 983 Stimmen	—

zusammen 875 813 Stimmen, 113 Mandate

Tußerdem ist unter Berücksichtigung der Reststimmen noch ein Mandat zuzuteilen. Es steht jedoch noch nicht fest, welche Partei es erhält.

Dieses Ergebnis ist für die sozialistischen Parteien noch etwas günstiger, als wir es in unserer Abend-Ausgabe vom Donnerstag angegeben hatten. Anstatt 843 543 Stimmen, wie wir damals mitteilten, haben die sozialistischen Parteien 845 828 Stimmen erhalten, die bürgerlichen anstatt 874 028 875 013 Stimmen. Die sozialistischen Parteien haben danach 1485, die bürgerlichen Parteien 985 Stimmen mehr erhalten, wie bisher angegeben. Ob diese Verschiebung aber ausreicht wird, daß eine der sozialistischen Parteien das letzte strittige Mandat erhält, wird erst die endgültige Ausrechnung ergeben, die am Dienstag erfolgen soll.

### Kleine Nachrichten

Änderung der Steuergesetze durch den Reichsrat. Der Reichsrat nahm am Sonnabend einen Beschluß an, der die Konfiskationierung der Buchmacher beseitigt, und ermächtigte die Umsatzsteuer auf 2½ Prozent.

Beendigung des Thüringer Metallarbeiterstreiks. Der Thüringer Metallarbeiterstreik ist auf Grund einer Vermittlung des Thüringer Wirtschaftsministeriums beendet worden. Es sind den Streikenden Stundenzulagen von 40-75 und vom 1. Dezember ab weitere in Höhe von 30-60 Pfennigen zugewilligt worden.

Die Zurückziehung der Amerikaner. Infolge des nennlichen Zurückziehens der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland wird ihre Stärke, welche zurzeit 13 500 Mann beträgt, um die Hälfte vermindert werden. Dies wird im März 1922 geschehen.

Der bulgarische Kriegsminister ermordet. Der bulgarische Kriegsminister Dimitroff, der sich im Auto nach Künenfeld begab, wurde durch Gewehrschüsse getötet, ebenso sein Chauffeur und zwei andere Personen, die sich mit ihm im Wagen befanden. Die Mörder sind unbekannt, doch handelt es sich anscheinend um einen politischen Mord.

Sowjetrepublik Krim. Einem Moskauer Telegramm zufolge wurde in der Krim eine autonome Sowjetrepublik errichtet, die zu der russischen Sowjetrepublik in föderativem Verhältnis steht. Die Regierung der Sowjetrepublik Krim besteht aus 12 Volkskommissaren. Alle militärischen und auswärtigen Angelegenheiten sollen auch weiterhin durch die russische Sowjetrepublik geführt werden.

Verhandlungen in der amerikanischen Eisenbahnerbewegung. Der „Labour Railway Board“ hat die Eisenbahndirektionen und die Arbeiter zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, welche am 26. Oktober stattfinden wird, und he gehoben, bis dahin nichts zu unternehmen. Die Regierung erwägt die Wiedereinführung der Kriegsmassnahmen, um den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten.

### Der einzige Weg

Unser neuer Roman

Unser neuer Roman, der morgen, Dienstag früh, zu erscheinen beginnt, ist ein hochbedeutungsvolles Werk, dessen Dichter ein junger Franzose, Paul Reboux, ist. Das Werk ist bereits in unserem französischen Bruderblatt, dem „Populaire“, erschienen und hat in ganz Frankreich ein sensationelles Aufsehen erregt. Niemand vorher hatte es jemand gewagt, sich mit solcher Kühnheit und Offenheit mit allen Erscheinungen der Nachkriegszeit auseinanderzusetzen, wie dieser Reboux (sprich: Rebu). Und trotz dessen das geistige Frankreich ist, daß es nicht nur die stärksten und mutigsten Kämpfer gegen den Krieg im Krieg hervorgebracht habe, sondern nun auch das Bedeutendste für den Frieden und den Wiederbau des zerstörten Europas in einer Zeit, in der noch der ganze Kontinent von den eben erlebten Schrecken nachbebt und trotz den furchtbaren Lehren der Gewaltpolitik noch nicht den Mut gefunden hat, eine wahre Politik internationalen Aufbaues anzufangen.

Reboux stellt nun in Form eines glänzend, geistreich und überzeugend geschriebenen Romans den Kampf eines französischen Schriftstellers gegen die nationalitäre Gesellschaft dar, die, von den Vorfahren der Kriegszeit noch immer erfüllt, in dem jungen und mutigen Prediger eines wahren Friedens und einer sozialistischen Zusammenarbeit mit Deutschland selbstverständlich einen Vaterlandsfeind erblickt. Welche Kämpfe hat der tapfere Herr Rebu, der Held des Buches, zu bestehen. Aber die Kämpfe ermaßen weder seinen Willen noch seine inbrünstige Ueberzeugung. Die Widersprüche zwingen ihn, sich mit allen Vorfahren des Nationalismus auseinanderzusetzen, um ihnen begegnen zu können. Und dies geschieht nun so geistreich, spannend und atemberaubend, daß der Roman, obwohl er gefüllt ist mit Auseinandersetzungen politischer Art, den sozialistischen Leser mit fortzieht und mit wachem Feuer erfüllt, auch ein Mitkämpfer der großen und klaren Ideen des Romans zu werden.

Unsere Leser werden vielleicht hier und dort mit Verwunderung entnehmen, wie der Verfasser manches an Deutschland verteidigt, was wir angegriffen haben und weiter angreifen werden. Wie er Frankreichs Politik kritisiert, auch dort, wo der deutsche Sozialist sie glauben begreifen zu können. Aber alles dies muß in diesem Buch so sein. Denn ein französischer Sozialist hat es gegen den französischen Nationalismus geschrieben, allerdings so, daß damit der Nationalismus eines jeden Landes getroffen werden wird.

Das Buch wird aber auch den Leser zwingen, sich mit deutschen und französischen Eigenarten auseinanderzusetzen. Er wird Frankreich kennen und Deutschland besser kennen lernen. Aber alles nur

zu dem Zweck, in den Verschiedenheiten und Gegensätzlichkeiten beider Länder die Notwendigkeit ihres wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenwirkens zu erbeden.

Enthielte der Roman nur dieses, so wäre das wohl ein genügender Grund, ihm durch die deutsche sozialistische Presse das notwendige Echo zu geben. Aber der Roman enthält auch wie jeder Roman Liebe und Gesellschaftsbilderung, Straßen- und Landschaftsbilder, bewegtes, kämpfendes, dunkles und helles Leben. So wird er hoffentlich jedem etwas bringen. Und allen die Glut, und die Kraft eines Werkes, das, von einem seltenen stilistischen Mut erfüllt, den Leser dazu anspornt, mit gleichem Mut Kollämpfer großer, für wahr erkannter Ideen zu werden.

Ein Erlebnis. Ueber eine Veranstaltung der U.S.V.D. in Pantow schreibt uns Genosse Kubicki Golke: Im nördlichen Borzoi Pantow steht in der Gölzstraße ein Anwesen. Sein prunkvolles Treppenhäus erinnert an die Schlösser in Bayern, die der verschwenderische, irrsinnige König einst aufzuführen ließ. Aber auch sonst hat diese Schule vor anderen Schulhäusern etwas voraus. Beständig das Auge sonst Herrscherbilder und -büsten, so ist es in Pantow ein Wandgemälde. Hindenburg kommt im Auto angefahren und die Feldgrauen laufen von allen Seiten zusammen. Die Beleuchtung war etwas schwach, darum konnte ich nicht sehen, ob sie „Hurra“ oder „Hunger“ schrien. Alle diese Eindrücke waren wegweisend, als der Kunstabend begann, als Sela Trau auf dem Cello das Schubertische „Adagio“ zu spielen begann. — Ich bin kein Musikmann, aber wunderbar weid wurde mir's ums Herz, und alles Edige in mir belam fliehende freie Formen. Und dann erzählte Alfred Weiser, den man in Berlin viel zu selten hört und sieht, wunderbar unergleichlich die „Geschichte von den 7 Gehanten“, in der Andrejew es fertigbringt, uns mit Hilfe armeteliger Werte Einblick zu geben in die Seelen der Menschen, die um ihrer Menschlichkeit willen mit den unmenschlichen Gesetzen in Widerspruch geraten und geknickt werden. Wer Weiser oder Andrejew oder gar beide kennt, weiß, wie der Hörer dabei mit leben muß und aufgerissen wird in Weh und Jern. Der Saal war ein geballter Schmerzensblock bei Weisers letzten Worten, den dann die Musik in erlösenden Tränen umlegte. — Und das Cello? Spielte es nicht zuletzt die zwei russischen Volkstiedes auf den Seelen der vorn sitzenden Menschen? Aber warum lärmten diese nachher so häßlich durch Aneinanderschlagen der Hände?

Buch und Streik. „Ich trat in eine Musikalienhandlung,“ so wird in „Reclams Universalium“ erzählt, „und verlangte einen Klavierauszug zu der Bachschen Kantate: „Ihr werdet weinen“. Die bedrübten Augen des Herrn Weissen starrten mich eine Weile geisterrückt an, plötzlich begannen sie zu leuchten, und nun belebte er mich mit höchst gedämpfter Ueberlegenheit: „Diese Kantate ist nicht von Bach, sondern von Hugo Girsch; es ist auch nicht eigentlich eine Kantate, sondern ein Konzert, und in Wirklichkeit hat das Musikstud den Titel: „Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht?“

### Berliner Bühnen-Spielplan

Abends

Vollstündig: 11. 12. und 13. Masse. 14. 15. und 16. Der Bauer als Millionär. 17. Das Volk. 18. Komödie der Irrungen. 19. Kapellmeister. 20. Die Fledermaus. 21. Die Schindler'sche Witwe. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.

Vor- und Nachmittags

Vollstündig: 11. 12. und 13. Masse. 14. 15. und 16. Der Bauer als Millionär. 17. Das Volk. 18. Komödie der Irrungen. 19. Kapellmeister. 20. Die Fledermaus. 21. Die Schindler'sche Witwe. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.



# Die Regierungskrise

## Die Parteiführer beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Oktober.

Der Reichspräsident empfing im Laufe des heutigen Tages zu Einzelbesprechungen über die politische Lage den Reichstagspräsidenten Löbe, vom Zentrum die Abgeordneten Dr. Spahn und Dr. Marx, von den Sozialdemokraten die Abg. Müller und Weis, von der Deutschen Volkspartei die Abg. Stressemann und Kempkes, von den Demokraten die Abg. Dr. Petersen und Koch und von den Unabhängigen Sozialdemokraten die Abg. Dr. Breitscheid und Eisspien. Eine völlige Klärung der Lage ist bei diesen Besprechungen noch nicht herbeigeführt worden; die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Die Unterredung mit den Genossen Crispian und Breitscheid trug lediglich informatorischen Charakter. Unsere Genossen vertraten die Auffassung, die in den Briefen und Rundgebungen der Parteileitung zum Ausdruck gekommen ist.

Bis zur Stunde ist noch niemand mit der Kabinettsbildung betraut worden. Augenblicklich schweben Verhandlungen zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei, um einen Kompromiß zustande zu bringen. Die Deutsche Volkspartei möchte eine Trennung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Momenten vornehmen. In ihren Kreisen glaubt man, daß man zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen Vertreter des Reiches schicken könne, ohne dadurch die Note der Alliierten anerkennen zu müssen. Das würde nichts anderes als eine Halbheit bedeuten, die im Auslande nur lächerlich wirken könnte.

## Verwirrung und Ausweglosigkeit

Der gestrige Tag hat gezeigt, welche grenzenlose Frivolität die Demokraten mit ihrem Volkstrost in den Rücken des Kabinetts Wirth verübt haben. Statt die Regierung vor das Parlament treten zu lassen und eine verantwortliche Entscheidung der Volkvertretung und ihrer Parteien herbeizuführen, die entweder die bisherige Politik bestätigt oder gezeigt hätte, welche andere Regierung und andere Politik in der Volkvertretung eine Stütze finden kann, haben die Demokraten im geschlossenen Fraktionszimmer ihre Verschwörung angesetzt.

Wenn diese Leute nun wenigstens eine Idee gehabt hätten, was nun geschehen soll! Aber davon ist keine Rede. Wie die Politik des deutschen Reiches geführt werden soll, darüber können sie nichts sagen außer dummen, hohlen und inhaltslosen Phrasen. Diesen Leuten geht es aber auch um etwas ganz anderes: sie wollen mit der Deutschen Volkspartei zusammen sein. Ob dann die Reichspolitik in der einen oder anderen Richtung geführt wird, kommt für sie erst in zweiter Reihe in Betracht. Das Bündnis mit der Volkspartei sichert ihr ja die Wähler! Das Zentrum hat den Leuten das Spiel erleichtert, weil es zu schwanken begann und halb und halb die Sehnsucht der Demokraten nach der Deutschen Volkspartei mißfaßte.

Der laubere Plan, die außenpolitische Erregung zu nützen, um an deren Feuer die elenden parteipolitischen Bettelsummen zu wärmen, ist aber schwer ausführbar. Die Deutsche Volkspartei erklärt mit der größten Entschiedenheit, daß sie nur in eine Regierung des Widerstandes eintreten, das heißt, daß sie nur deutsch-nationale Politik treiben will. Sie will die wirtschaftlichen Bestimmungen ablehnen, obwohl es sich überhaupt nicht um Ablehnen oder Annehmen handelt, sondern um eine Zwangslage, in der nur versucht werden kann, das für Deutschland noch halbwegs Günstige der Entscheidung sicher zu stellen. Mag aber selbst die Deutsche Volkspartei jetzt noch irgendeine abgewandene Auslegung ihrer Entscheidung versuchen, so würde das nicht das Geringste nützen. Jede Regierung, der die Deutsche Volkspartei angehört, ist als eine Regierung des passiven Widerstandes abgetempelt. Und daß die Entente dieser in Wirklichkeit ganz unausführbaren Passivität sofort einen sehr wirkungsvollen aktiven Widerstand entgegenzusetzen würde, daran kann nur ein Narr zweifeln. Damit ist aber die politische Dummheit der breiten Koalition hoffentlich erledigt. Und selbst jene Politiker, die bisher die Unausführbarkeit nicht eingesehen haben, müssen das nunmehr zugeben. So erklärt die „Frankfurter Zeitung“, daß die Deutsche Volkspartei sich jetzt selbst aus jeder Kombination für die Kabinettsbildung ausgeschlossen hat.

Was aber dann? Das „Berliner Tageblatt“ macht es sich verdammt leicht. Nach den schmählichen Behauptungen seines leitenden Feuilletonisten orakelt heute einer der Kleineren: „Der Reichspräsident wird sich mit den Parteiführern ins Benehmen setzen und man wird dann erleben, was sich schließlich aus diesem Wirrwarr ergeben wird.“ Man muß schon sagen, klarer als in diesem „man wird dann schon sehen“, kann die ungeheuerliche Reichsfrivolität der demokratischen Politik gar nicht ausgedrückt werden. Nun diese Politik wird zur Gröteske, wenn es weiter heißt:

„Es wäre daher ein Fehler, wenn die Demokratische Partei sich, sofern die Volksparteiler nicht mitmachen wollen, in ein leeres Schiff setzen wollte, um mit geblähten Segeln eines bedenkenlosen Optimismus auf das hohe Meer zu legen. Dann wäre es schon besser, den Linksparteiern das Steuer ruder allein zu überlassen und den weiten Gang der Entwicklung abzuwarten. Dabei brauchte die Demokratische Partei nicht ohne weiteres in eine grundsätzliche Opposition gegen eine solche Regierung zu treten. Aber die Verantwortung für etwas zu übernehmen, was über die Grenzen des Möglichen, ja auch nur des Wahrscheinlichen hinausgeht, kann niemand einem ernsthaften Politiker zumuten.“

Die Scheu vor der Verantwortung ist das einzige, was die Demokraten bewegt. Unglücklich scheitern sie nach der Deutschen Volkspartei und begehen sich in völlige Abhängigkeit von ihr. Die anderen Parteien sollen, nachdem die Demokraten das Schiff mitten im Sturm angebohrt haben, es in den Hafen steuern! Diese Hüter des Parlamentarismus wollen diese Aufgabe sogar gütlich den sozialistischen Parteien belassen, obwohl diese nur eine Minorität sind, wenn sie nur sich selbst in Sicherheit gebracht haben. Wenn diese Gebärmlichkeit übertrifft werden könnte, so nur durch den Zynismus, den dieses Geschehnis offenbart. Aber die Demokraten sind noch weiter gegangen. Um einer Regierung der Deutschen Volkspartei die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, haben sie wherraten. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen, oder der Deutschen Volkspartei nicht genügt ist!

Unter diesen Umständen muß man die bürgerlichen Parteien schon den Versuch machen lassen, ob sie imstande sind, die Politik, die sie treiben wollen, auch als Regierung zu vertreten. Sie haben ja die Majorität ohne die Arbeiterparteien. Nachdem die Deutsche Volkspartei sich zu der deutsch-nationalen Auffassung, die Demokraten zu der der Deutschen Volkspartei bekannt haben, ist ja vielleicht die Grundlage zu einer solchen Majoritätsbildung gegeben. Die Entscheidung läge dann beim Zentrum. Der Versuch würde eine klare Situation schaffen. Gelingt er, kommt eine Regierung auf deutsch-nationaler Grundlage zustande, dann wird sich ja sehr rasch herausstellen, welche Segnungen und Erfolge sie dem deutschen Volke bringen wird. Mißlingt er, dann zeigt es sich eben, daß augenblicklich nur eine Politik, wie sie von Wirth vertreten wurde, möglich und ausführbar ist. Dann muß eine Regierung zur Fortführung dieser Politik gebildet und die Krise beendet werden, ganz ohne Rücksicht auf die schwankenden Gestalten der Demokratie, mit der hoffentlich bei den nächsten Wahlen gründliche Abrechnung gehalten werden wird.

Aber es ist keine Zeit zu verlieren. Donnerstag läuft die Frist ab, bis zu der die Bereitwilligkeit, in Verhandlungen über die wirtschaftlichen Bestimmungen einzutreten, ausgesprochen und ein Kommissar ernannt werden muß. Sollen sich die schmählichen Szenen, die wir schon zweimal, bei der Annahme des Friedensvertrages und dem Ultimatum, erlebt haben, nicht ein drittes Mal zum großen Schaden der deutschen Politik wiederholen, so muß im Laufe des morgigen Tages eine Regierung gebildet sein und der Reichstag entscheiden können.

## Unglaublich und widersinnig

Während die Demokraten in der Regierung und ihr Sprachorgan, das „Berliner Tageblatt“, eine Politik der Verantwortungslosigkeit und der Kurzfristigkeit treiben, sagt ein ernst zu nehmendes Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, was in dieser Stunde zu tun ist. Es handle sich jetzt nicht um Zustimmung oder um Ablehnung, die Entscheidung des Siegers sei endgültig, sie werde uns diktiert.

Man ist sich in diesen Parteien der bisherigen Koalition ganz überwiegend darüber klar, so schreibt die „Frankfurter Ztg.“, daß wir grundsätzlich gar keine andere Politik treiben können als diejenige, die das Kabinett Wirth bisher getrieben hatte und künftig treiben wollte. Diese Politik ist zwangsläufig — und trotzdem stürzt man das Kabinett, das sie vertritt! Das ist das Unglaubliche, das völlig Widersinnige an diesem Vorgang: daß man die Männer opfert, um mit anderen Männern doch wieder eine grundsätzlich gleiche Politik weiter zu treiben — sofern man nämlich überhaupt eine Vorstellung von dem hat, was jetzt kommen soll!

Zwölf Tage lang hat diese Krise gedauert, die die Alliierten der Verantwortlichen lähmte, die auch das Denken des Volkes unheilvoll von der äußeren Notlage ab auf diese innere Wirrnis lenkte. Das Kabinett Wirth selbst war daran nicht ohne Schuld. Einzelne seiner Mitglieder, die in persönlich achtenswertem Empfinden sich durch Vorausgegangen gebunden fühlten, waren schwankend und trugen die Erschütterung nach außen. Aber das wäre schnell zu überwinden gewesen, wenn die Parteien und Fraktionen selbst sich die Klarheit des Blicks und die Festigkeit der Linie bewahrt hätten. Das Gegenteil trat ein. Im Zentrum und bei den Sozialdemokraten spalteten sich die Meinungen. Sie standen nicht mehr fest hinter der Regierung, bröckelten täglich weiter ab, drängten schließlich zu erheblichen Teilen direkt zum Rücktritt und führten diesen dadurch herbei. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Verantwortung für den unerhörten Zustand, in dem wir uns heute wieder befinden — auf ihnen und auf dem Reichstag überhaupt, der, statt im Plenum offen und öffentlich den Gehalt der Meinungen während zum Ausdruck zu bringen, seiner wichtigsten Aufgabe völlig verlag und sich auflösen ließ in die geheimen Konventikel der Fraktionen und der Privatkonferenzen. Würde die Regierung vor das Plenum getreten, um für ihre Politik zu kämpfen, so hätte sie unzweifelhaft ihre Mehrheit hinter sich gezwungen — wer hätte offen gewagt, sie zu stürzen, wenn es dann auch die Verantwortung und die Führung hätte übernehmen müssen? Im Halblicht der vertraulichen Sitzungen geziehen die Intrigen und die Beeinflussungen, wirkten die unausgesprochenen Abneigungen und die geheimen Wünsche. So kamen wir zu dieser Verfassung des Parlamentarismus: daß vierzehn Tage lang eine Krise sich entwickeln konnte, ohne daß das Volk von der einzig berufenen Stelle aus erfährt, warum und zu welchem Ende, daß der Reichstag sich verlammete, ohne eine öffentliche Sitzung zu wagen, daß die Regierung schließlich von den Parteien gestürzt wurde und nicht von dem Parlament, dem sie vorher nicht einmal mehr Rechenschaft für ihr Handeln und ihr Unterlassen ablegen konnte!

Die „Frankf. Ztg.“ verlangt schließlich, daß schnellstens eine Regierung gebildet werde, die Deutschland wieder aktionsfähig mache. Die äußere Lage sei fürchterlich genug, es wäre unerhört, wenn sie auch noch von innen her durch das Versagen der Parteien eine gefährliche Zuspitzung erführe; sie müßten sich zusammenraffen zur Ernsthaftigkeit und zur Verantwortung. Es dürfe nicht länger von Einflüsterern mit Deutschland gespielt werden.

## Die französische Presse zum Rücktritt Dr. Wirths

Paris, 23. Oktober.

Zum Rücktritt des deutschen Reichsstatenministers schreibt Saint Brice im „Journal“, die Krise sei unvermeidlich gewesen. Das Ministerium Wirth sei zu schwach gewesen, um einem so heftigen Sturm, wie ihn die Entscheidung über Oberschlesien hervorgerufen habe, widerstehen zu können. Saint Brice meint, seit acht Tagen habe sich die Frage darum gedreht, ob es zu einer parlamentarischen oder zu einer außerparlamentarischen Krise kommen werde. Nach seiner Ansicht sind die Parteien unentschieden. Das werde sich zeigen, wenn eine Regierung gebildet werden sollte, die schwerlich ohne die Sozialisten zustande kommen werde. Es sei sehr schön, gegen eine Entscheidung zu protestieren, die man nicht verhindern könne. Der Protest sei kein Regierungsprogramm.

Gustave Hervé erklärt in der „Victoire“, jetzt, da Reichsstatenminister Wirth seine Stelle gemacht habe, wünsche man in Frankreich im Interesse des republikanischen Deutschlands, daß er sein Ministerium neu bilde und die Macht wieder ergreife. Wenn die Volkspartei ohne sozialistisches Gegengewicht zum Herrn der Macht würde, würde die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich alsbald wieder eintreten, und das bedeute bei der tiefen Verzerrung in den deutschen Zuständen die Beschleunigung des Ruhezustandes. Dadurch würde das Werk der Völkervereinigung Europas einen beträchtlichen Rückschritt erleiden, ohne daß jemand davon einen Nutzen haben würde.

Der sozialistische „Populaire“ will wissen, wann sei in deutschen sozialistischen Kreisen davon überzeugt, es sei der Wunsch Englands, daß die Volkspartei in die Regierung einziehe und

daß dies nicht ohne Einfluß auf die Haltung geblieben sei, die der Reichsstatenminister seit einiger Zeit einnehme und die zu seiner Demission geführt habe. Der Sturz des Ministeriums Wirth werfe nicht nur in internationaler Beziehung einige sehr wichtige Probleme auf. Das Ergebnis sei auch innerpolitisch für Deutschland nicht weniger ernst. Das Blatt sagt unter gleichzeitiger Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn, mehr denn je falle dem Proletariat Mitteleuropas, in erster Linie aber dem so mächtig organisierten Proletariat in Deutschland die Aufgabe zu, zu verhindern, daß die Reaktion wieder ans Ruder gelange.

## Heraus mit der zuviel gezahlten Steuer

Die Unfähigkeit der Finanzbehörden

Auf die wiederholten Mahnungen, die durch den Lohn- und Gehaltsempfänger zuviel eingezogene Einkommensteuer endlich zur Auszahlung zu bringen, haben die Finanzämter bis heute noch weiter nichts getan, als durch die Presse Mitteilungen verbreiten, wonach die Lohn- und Gehaltsempfänger sich mit der Rückzahlung gebulden sollen. Von den Finanzämtern wurde wiederholt betont, daß man mit größter Beschleunigung an die Prüfung der Veranlagungen herangehen wolle, um so die Rückzahlung der nicht unerheblichen Summen der zuviel und unberechtigt eingezogenen Steuer zurückzugeben. Zwar wurde betont, daß in Fällen besonderer Bedürftigkeit eine sofortige Prüfung der Veranlagungen und Zurückzahlung des zuviel abgezogenen Betrages erfolgen sollte. Immer wieder aber wird darüber geklagt, daß selbst in solchen Fällen die Rückzahlungen durch bürokratische Unfähigkeit verhindert wird.

Nachdem das Veranlagungsgeschäft seit nunmehr einem halben Jahre beendet ist, sollte man annehmen, da die Veranlagungsbehörden durch das veränderte Lohnsteuergesetz von diesen Arbeiten befreit wurden, nunmehr endlich die Veranlagungen aller Lohn- und Gehaltsempfänger fertiggestellt werden. Aber erst ein kleiner Teil der Veranlagten hat auf Grund seiner Veranlagung jezt eine Unmenge von Rückfragen erhalten, die zum größten Teil recht überflüssig sind, da die fraglichen Punkte durch eine geordnete Finanzverwaltung mit Beistand nachgeprüft werden könnten. Bei der dadurch zu lange getreteten Unfähigkeit der Finanzämter ist mit einer schonigen Beendigung des Veranlagungsgeschäfts für das Jahr 1920 nicht zu rechnen.

Gegen ein solches Verfahren müssen wir auf das allerentschiedenste protestieren, weil die Lohn- und Gehaltsempfänger auf das härteste betroffen werden. Es muß gefordert werden, daß die Zurückzahlung der zuviel gezahlten Beträge sofort erfolgt, weil die davon betroffenen Kreise die Gelder dringend benötigen zur Beschaffung von Lebensmitteln und Winterkleidung. Eine Hinauszögerung der Zurückzahlung würde für die Lohn- und Gehaltsempfänger insbesondere auch dadurch empfindlich wirken, weil die Entwertung der Mark auch dann noch erheblich in Erscheinung tritt.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind gegenüber anderen Steuerzahlern schon dadurch erheblich im Nachteil, daß sie gezahlt haben, ihre Steuern im voraus zu entrichten. Man darf deshalb nicht von ihnen verlangen, daß sie darüber hinaus noch dem Staate lange Zeit zinslos Beiträge stunden. Dieses Verfahren muß den größten Unwillen aller Lohn- und Gehaltsempfänger hervorrufen, weil sie durch die Steuergesetzgebung bis über ihre Leistungsfähigkeit hinaus zur Steuerzahlung gezwungen sind, und die Kreise, die tatsächlich leistungsfähig sind, bis heute noch nicht in erheblichem Maße zur Zahlung von Steuern herangezogen werden. Nicht einmal die für diese Kreise unterschiedliche Behandlung muß alle gerecht denkenden Kreise empören.

## Dad im Grad

Folgende empörende Episode hat sich dieser Tage — nicht etwa in später Nachtstunde, sondern im hellen Sonnenschein des Vormittags — im Reichsblinde von Berlin abgespielt:

Der Arbeiter Ernst St., wohnhaft Gerichtsstraße 7, geht um 10 Uhr vormittags die Gerichtsstraße entlang. An der Ecke Müllerstraße wird er plötzlich von zwei auffallend elegant gekleideten angezogenen Herren „angegampelt und belästigt. Die ruhige Bemerkung des St. beantworteten die beiden Schnapskadellere mit Lächeln. Sie schlugen den Arbeiter mit Häuten und mit einer Hundeteine. Ausbrüche wie: „Dreißiges Schwein! Dreißiger Exot! Dreißiger Kasper!“ werden ihm dabei ins Gesicht geschleudert. Der Wachtmeister Ederl von der 1. Tiergartenwache nahm schließlich nach Überwindung einiger Schwierigkeiten die beiden belästigten Herren zum Wache Geister Straße. Hier stellte sich heraus, daß der eine der Missetäter ein Waldemar Bölle (Bruder des im Krieg gefallenen bekannten Fliegers Bölle) und der andere ein gewisser Willy Freier (ebenfalls Offizier), wohnhaft Pöhlendorfer Straße 26, waren. Nachdem St. die Wache verlassen hatte, verfolgten die beiden ihn nochmals anzugreifen. Da ihn jedoch ein Beamter der Sicherheitswache begleitete, ließen sie von ihm ab. St. befindet sich in ärztlicher Behandlung und ist für längere Zeit arbeitsunfähig.

Es behaft keines Wortes darüber, daß Exzesse dieser Art nur zum Teil den Wirkungen des Alkohol, zu einem mindestens ebenso großen Teil aber der niederträchtigen Arbeiterhete der Deutsch-nationalen und ihres deutsch-völksparteilichen Anhangs zuzuschreiben sind. Werkt es euch, Arbeiter!

## Unterrichtskurse für Arbeiter

Mitte November beginnen neue Kurse. Gelehrt wird richtiges Deutsch und höheres Rechnen. Deutsch in vier Stufen: Rechtschreibung, Satzbau, Zeichensetzung, Sprachlehre und Grundfragen der Literatur. Rechnen in vier Stufen: Grundrechnung, Buchrechnung, Zinsrechnung und Regeldeci, Einführung in die Buchführung. Außerdem ein Kursus in Naturkunde und ein anderer zur Einführung in die deutsche Sprache, vornehmlich für Ausländer.

Hörschule für einen Lehrgang (12 Wochen dauernd) 3 Mark. Freizeitspiele erhalten Freikarten. — Der Berlin „Unterrichtskurs für Arbeiter“ ist politisch und religiös neutral. Hören und Lehren haben in ihm die gleichen Einflüsse. Von Unterricht streuen Studierende der Berliner Hochschulen in Form von Arbeitsgemeinschaften. Jeder Kurs findet einmal wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Anmeldungen und Auskunft in den Schulstellen an folgenden Tagen abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr: Montag, den 21. Oktober, in Kreuzbühl, Kaiser-Friedrich-Straße 20/210; am Dienstag, den 22. Oktober, Gipsstraße 23a; am Mittwoch, den 23. Oktober, in Pichelsberg, Rathausstr. 8; am Donnerstag, den 27. Oktober, Gieselerstraße 49 und Bochumer Str. 6; am Freitag, den 28. Oktober, in Kreuzbühl, Kaiser-Friedrich-Str. 20/210, und am Sonnabend, den 29. Oktober, Niederwallstr. 12 (Hörschulsaal).

Die Beamten der die Staats-Druckerei. Etwa 3000 Beamte protestierten gestern in der Neuen Welt gegen die Wächter der Regierung, die Gemeindegemeinde Groß-Berlin in zwei Belohnungspunkten zu teilen. Nach ausführlichen Referaten wurde eine Entschädigung angenommen, in der die Einzelheiten



